

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923**

10.1.1923 (No. 9)



Deutschlands nicht für hinreichend betrachten; ferner kann danach schon geräumtes Gebiet wieder besetzt werden, wenn Deutschland die weitere Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen verweigert.

Es ist einfach unmöglich, zu behaupten, daß die kurze Schlagewendung in § 18 eine über diese konkrete Bestimmung hinausgehende Gebietsbesetzung zulassen könnte, denn ausschlaggebend ist, daß die Alliierten diese Einzelmaßnahmen nur unter Verletzung der deutschen Hoheitsrechte durchführen können.

Das gilt auch für die Pläne, die im besetzten Rheinland verwirklicht werden sollen.

Die Besetzung der Alliierten werden in dem Rheinland abkommen erschöpfend geregelt. Alles, was über dieses Abkommen hinausgeht — und das tun zweifellos alle jenen Projekte — ist ebenso eine vertragswidrige Verletzung deutschen Territoriums, wie der Uebergriff auf das unbesetzte Gebiet.

Für diese Auffassung ist ein authentisches französisches Renais vorhanden.

Als im Februar 1921 im französischen Parlament die Sanktionen besprochen wurden, die bei den Pariser Beschlüssen vom Januar 1921 in Aussicht genommen waren, hat der damalige französische Ministerpräsident Briand ausdrücklich erklärt, daß die in jenen Beschlüssen vorgesehenen und später auch verwirklichte Verhandlungen eines besonderen Regimes über das Rheinland über den Verfall der Verträge hinausgehen und eine Erweiterung der den Alliierten an sich zuzehörenden Garantien bedeuten. Was die französische Regierung damals für das Regime in den Rheinlanden ausgegeben hat, muß sie auch heute für ihr gegenwärtiges Vorhaben im Rheinland und auch für ihr Vorhaben im Ruhrgebiet abgeben.

Wie ist das angesichts dieser Tatsachen möglich, daß sich die Franzosen heute auf den § 18 berufen? Eine indirekte Bestätigung unserer Ansichtung des § 18 ist darin zu sehen, daß sich Poincaré in seiner letzten Rede über die Reparationsfrage vom 15. Dezember v. J. im Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen nicht mehr auf diesen § 18, sondern auf andere Bestimmungen des Versailler Vertrages berufen hat. Er hat bei dieser Gelegenheit von dem Rechte Frankreichs gesprochen, im Falle eines Ausbleibens der deutschen Zahlungen

Wänder zu nehmen und hat dieses Recht auf Artikel 248 gestützt. Es ist leicht zu zeigen, daß auch die diesem Artikel gezogenen Folgerungen rechtlich unhaltbar sind. Nach dem Artikel besteht für die deutschen Reparationsverpflichtungen ein Vorrang ersten Ranges auf deutsche Staatsvermögen. Die Alliierten haben also ein Recht auf eine vorrangige Befriedigung aus dem Vermögen des Reiches und der Länder. Sie können verlangen, daß bei Nichterfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen das dem Vorrang unterliegende Vermögen mit Vorrang vor den anderen Gläubigern zur Befriedigung ihrer Forderungen zu verwenden ist. Dagegen sagt weder Art. 248 noch eine andere Bestimmung des Vertrages darüber etwas, in welcher Weise eintretendenfalls diese Verwendung zu erfolgen hätte. Die Alliierten haben daher keinerlei Befugnis, diese Verwendung ihrerseits dadurch herbeizuführen, daß sie unmittelbar in die Hände auf das deutsche Staatsvermögen legen.

An der deutschen Presse ist nach dem Bekanntwerden der Rede Poincarés schon ausreißend darauf hingewiesen worden, daß diese Auffassung ihre Bestätigung auch in dem Ultimatum der Alliierten vom 18. Juli 1919 findet. Damit erwacht für die Alliierten lediglich das Recht, ihre Besatzung mit Vorrang (vor Priorität) vor der Regelung aller anderen Schulden des Reiches und der Länder zu erhalten.

Die ganze Frage des von Frankreich in Anspruch genommenen Sanktions- und Wänderrechts hat noch eine zweite Seite. Die französische Regierung glaubt, die geplanten Maßnahmen

auf eigene Faust und ohne Einverständnis mit den anderen Alliierten durchführen zu können. Das wird von ihr aus einem Worte her-

geleitet, das sich im § 18 findet. Es heißt dort, daß die Maßnahmen von den respektiven Regierungen getroffen werden könnten. Diese Auslegung des Wortes „respektive“ ist vom grammatikalischen Standpunkt aus willkürlich und wird sachlich zweifelsfrei widerlegt durch den ganzen Ausbau des Reparationsystems. Die Durchführung der gesamten Reparationen ist vollständig in die Hände der Reparationskommission gelegt. Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland geltend machen. Jede muß sich vielmehr zu diesem Zweck an die Reparationskommission wenden, die in ihren Beschlüssen an genaue Bestimmungsregeln gebunden ist. Wenn aber die einzelne Macht nicht unmittelbar Reparationsansprüche gegen Deutschland geltend machen kann, wenn die Reparationen vielmehr der Gesamtheit der beteiligten Mächte als solche zuzueben, muß das gleiche für die Anwendung aller Mittel gelten, die der Vertrag für die Durchführung der Reparationen vorsieht. Sonst würde sich als unmögliche Folge ergeben, daß ein Staat Ansprüche betreiben könnte, die ihm gar nicht zuzuehen. Das einseitige Vorgehen Frankreichs würde mithin das ganze Reparationsystem des Vertrages durcheinanderbringen. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn die Franzosen, wie Poincaré in seiner Rede andeutete, bei ihrem Vorgehen für gemeinsame Rechnung der Alliierten handeln.

Wie man auch die Garantien einschäben mag, die für Deutschland in der Bestimmung des Reparationsystems liegen, so ist die Notwendigkeit eines gemeinsamen Beschlusses der Alliierten doch ein so wesentliches Moment des Vertrages, daß Deutschland gegen jede Nichtberücksichtigung dieses Momentes Verwahrung einlegen muß.

Zum Schluß muß ich noch auf einen Punkt hinweisen, der gerade zu dem gegenwärtigen Stand der Frage von Wichtigkeit ist. Alle Erwägungen über die Auslegung des Vertrages erübrigen sich, wenn es sich nur darum handelt,

die Rechtsfrage

zu beurteilen, die sich aus dem Beschluß der Reparationskommission über die Holz- und Kohlenlieferungen ergeben. Für diese Fälle kommen die angeführten Vertragsbestimmungen überhaupt nicht in Betracht, da diese Fälle Gegenstand von erschöpfenden und endgültigen Sonderregelungen sind. Die Reparationskommission hat in ihrer Note vom 21. März 1922, welche die Grundlage für unsere Reparationsleistungen im letzten Jahre bildet, entschieden, daß, wenn die im Jahre 1922 zu bewirkenden Naturalieferungen für Frankreich infolge der Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe oder infolge eines Verstoßes gegen den Versailler Vertrag oder die Anweisungen der Reparationskommission nicht durchgeführt würden, von Deutschland am Ende des Jahres an Stelle der nicht bewirkten Lieferungen

entsprechende Barzahlung

verlangt werden soll. Wie also auch das deutsche Verhalten bei den Kohlen- und Holzlieferungen beurteilt wird oder beurteilt werden mag, so steht doch von vornherein fest, daß selbst die Feststellung, theoretisch gesagt, der schwersten deutschen Verletzung, in diesen Fällen niemals andere Folgen haben könnte, als die Forderung einer Barzahlung. Für ein derartiges Vorgehen auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des Versailler Vertrages bleibt angesichts dieser Sonderregelung kein Raum mehr. Ich kann mich auf die Hervorhebung dieser Gesichtspunkte beschränken und davon absehen, den vorliegenden Beschluß der Reparationskommission noch nach anderer Richtung rechtlich zu kritisieren. Denn das eine, worauf es jetzt ankommt, steht nach der Note vom 21. März außer Zweifel, nämlich die Tatsache,

daß Frankreich seine Sanktions- und Wändermaßnahmen auf einen Beschluß der Reparationskommission nicht stützen kann.

Danach steht fest, daß die Durchführung der französischen Pläne in dreifacher Richtung einen groben Bruch des Vertrages darstellen würde:

1. Weil die Beschlüsse der Reparationskommission in den Kohlen- und Holzlieferungen überhaupt kein Vorgehen gegen Deutschland über die Note vom 21. März 1922 hinaus rechtfertigen;

2. weil auch bei etwaiger Feststellung angeblicher sonstiger Verletzungen Deutschlands der Vertrag keinerlei Sanktionen territorialen Charakters zuläßt;

3. weil auch die formell etwa zulässigen Maßnahmen gegen Deutschland nur von den beteiligten alliierten Mächten getroffen werden können. So lösen sich alle französischen Rechtsargumente in Nichts auf. Sie erweisen sich für jeden nicht voreingenommenen Beurteiler als so gefühlig, daß sie den wahren Zweck und Charakter des französischen Vorhabens nicht verhüllen, sondern daß sie dieses Vorhaben nur noch mehr als das erkennen lassen, was es wirklich ist: Als den Versuch rechtswidriger Vergewaltigung!

### Der Tod der wirtschaftlichen Reparationen.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Besetzung des Ruhrgebietes die verhängnisvollsten Folgen für die Wirtschaft zeitlen muß. Den Franzosen kommt es vor allem darauf an, ihre Hand auf das rheinisch-westfälische Kohlenfundikat zu legen. Es ist somit mit schweren Einwirkungen sowohl in die Kohlenförderung, wie auch in die Kohlenverteilung zu rechnen. Man wird bestimmte Folgen voraussichtlich anzunehmen, gewisse Kohlenfelder in härterer Weise zu fördern, woraus sich für die einzelnen Becken die größten Schwierigkeiten ergeben müssen. Schlimmer freilich dürfte sich der Einwirk in die Kohlenverteilung auswirken. Die Ueberwindung des gesamten Absatzes des Kohlenfundikates wird schwer erträglich folgen haben. Die Kohlenkommission würde, selbst wenn sie sich nur auf die Verteilung der Reparationskosten beschränken würde, einen Einbuß in die gesamte Kohlenverteilung des Fundikates erhalten. Auf diese Weise könnte Frankreich eine ähnliche Gewaltpolitik ausüben wie im Saargebiet, das gezwungen wurde, sich eine französische Kapitalbeteiligung gefallen zu lassen. Eine Beherrschung des rheinisch-westfälischen Kohlenfundikates würde sich aber nicht nur auf das Ruhrgebiet, sondern auf die gesamte Volkswirtschaft erstrecken. Je mehr die Kommission in die Volkswirtschaft einwirken würde, desto geringer würde die Arbeitsfreudigkeit der Belegschaft werden. Ohne Zweifel würde die Förderleistung sinken.

Was aber werden dann die Folgen sein? Geringere Kohlenmengen für die deutsche Volkswirtschaft, höhere Kohlenpreise, verschlechterte Produktionsbedingungen, verringerte Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland, verringerte Ausfuhr, eine verschlechterte Handels- und Zahlungsbilanz und endlich ein weiteres Sinken der Mark. Die von den Franzosen ausgesprochene Absicht, einen Teil der Kohlensteuer von den Bergwerksbesitzern in Devisen zu erlangen, muß überaus schädlich wirken, da die Kohlenausfuhr infolge der Reparationslieferungen gerade auf dem Sollpunkt steht, so daß dem Bergbau nur unerbittliche Devisen zuzufießen. Der Bergbau müßte sich also an den Markt wenden und das würde ein neues Sinken der Mark ergeben. Als besonderes Drückmittel der Franzosen für die Zahlung der 120 Millionen Goldmark in Devisen dient die Bestimmung, daß im Falle der Nichtleistung entsprechende Kohlenmengen an die Alliierten abzuführen sind. Die Einführung des geplanten Ausfuhrabgabensystems aber würde es den Franzosen ermöglichen, Handelsbespionage in größtem Umfange zu betreiben.

Daß die Essener Industrie wie auch die Bankwelt schwer unter der Besetzung und den Eingriffen in das Wirtschaftsleben leiden würde, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Ob sich die geplante Zollgrenze praktisch durchführen lassen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Sollte ein Teil der Zölle etwa in Devisen erhoben werden, wie es der französische Plan vorsieht, so würde das natürlich bedeuten, daß neue Devisenfäuler auftreten, was zu einer weiteren Verschlechterung der Mark führen müßte. So viel kann auf jeden Fall gesagt werden, daß wenn auch die französischen Pläne sich im Augenblick noch nicht voll übersehen lassen, eine weitere Besetzung deutschen Landes und gerade des Ruhrgebietes, die schwerste wirtschaftliche und soziale Krisis nach sich ziehen würde. Schon ein kurzer Ueberblick zeigt, wie berechtigt das Wort des Reichskanzlers ist, daß die Zwangsmassnahmen Frankreichs den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten. Es ist charakteristisch, daß zu dem gleichen Ergebnis gehen auch der Sozialist Hülferding im „Vorwärts“ kommt, wo er u. a. anspricht: Die französische Abrechnung der Erträge aus den Wäldern sei trügerisch und illusionär. Sie sind an die Voraussetzung der ungehinderten Fortsetzung der deutschen und europäischen Wirtschaft geknüpft. Eine falsche Voraussetzung. Die Erträge werden nicht ausreichen, um die Kosten der Pfandnahme zu decken. Sie werden aber das sichere Resultat haben, die deutsche Zahlungsfähigkeit auf lange Jahre hinaus zu vernichten.

Die Verdrängung der Mark von der Ruhr.

London, 9. Jan. Die „Times“ lassen sich aus Paris melden: Die Frage der Einführung der französischen Währung in dem neu zu besetzenden Gebiet sei erörtert worden, aber die technischen Schwierigkeiten seien als zu groß erachtet worden. Irigend eine lokale Währung werde aber möglicherweise schließlich eingeführt werden. Durch Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter des Ruhrbezirks hoffe man Streiks und Unruhen zu verhüten.

Die deutschen Vorschläge.

Die deutsche Regierung hat bekanntlich bestimmte Pläne über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ausgearbeitet, und wollte sie der Pariser Konferenz unterbreiten. Sie ließ darum erwidern, den deutschen Unterhändler Dr. Bergmann in Paris zu hören. Das Gesicht wurde abgelehnt, weder mündlich noch schriftlich wurden die deutschen Vorschläge zur Kenntnis genommen. Bergmann hat Paris wieder verlassen. Ueber den Inhalt der deutschen Vorschläge hat die Öffentlichkeit genaues bis jetzt nicht erfahren. Vor verschiedenen Seiten wurden nun der Regierung Vorschläge gemacht, es wird behauptet, daß sie sich durch Nichtveröffentlichung des Planes eine gute Gelegenheit zur Beeinflussung der Konferenz und der Bestimmung habe entgehen lassen. Es sei nun höchste Zeit, die Vorschläge bekannt zu geben, um angesichts der französischen Gewaltabsichten auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Wie man nun hört, wird voraussichtlich der Reichskanzler in seiner Rede vor dem nunmehr für Mittwoch vormittag 10 Uhr einberufenen auswärtigen Ausschuss des Reichstags die deutschen Vorschläge bekanntgeben; und entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Ausschusses soll diesmal der Wortlaut der Kanzlerrede wenigstens in seinen Hauptteilen veröffentlicht werden.

Die deutschen Sachverständigen in Paris.

Paris, 9. Jan. Vor der Reparationskommission legte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Anstrengungen der deutschen Regierung zur Forderung des vollen Absatzes der geforderten Kohlen- und Kohlenmenge dar, sowie die Ursachen, die dazu geeignet waren, dies zu verhindern. Man habe von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß die Reparationskommission bei Festlegung des Lieferungsprogramms vielleicht die Leistungsfähigkeit der deutschen Kohlenfelder überschätzt habe; die gemachten Kohlenlieferungen stellten die Grenze dessen dar, was mit der deutschen Wirtschaft vereinbar sei.

Amerika und die Reparationskommission.

Washington, 9. Jan. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Lodge, erklärte bei einer Unterredung mit Minister Hughes, der geeignete Zeitpunkt sei

### Dämonische Vision.

Ein Schumann-Kapitel von Hans Tschermak.

Noch war die Zeit nicht reif, — noch konnte die Seele nicht frei jubeln. Sie wand sich tiefer und tiefer in ihre wirbelnde Welt der Klänge und der arden, immanen Melodienströme. Wie so ganz entfernt waren alle Wesen dieses Reiches von der Welt, in der es zu leben sollte!

Einsam, wie einsam hatten die Schritte des Schaffenden durch die Wohnung, die sich streng jedem Eindringling verschloß, — durch die Straßen, die das Auge nicht sah, denn es lehrte seinen Blick nun wieder ganz dem inneren Bereich zu. Sorgerlos tasteten die Hände der lebenden Frau an den Wänden dieses Reiches entlang, verschlossen ästhetisch jeden Spalt, durch den von außen her störende Wellen dringen konnten. Wer vermochte ihre beseligende Banalität zu ermessen, die, aus Hingabe und Mitleiden gemischt, ihre Stunden füllte! — Wochenlang haben die Kinder ihren Vater nicht, und ach, es einmal flüchtig, dann trüb er wohl mit leiser Hand über ihre hell schimmernden Köpfe, — mehr sich erinnernd, als daß sie ihm gegenwärtig waren. Und Clara hand dabei und unterdrückte mit aller Kraft die lauten Schläge ihres mütterlichen Herzens, das nun wieder den Rhythmus ihrer Einsamkeit bestimmte.

Die Nerven bebten, wie die Schwingungen einer Geigenlaute, unruhig wie die Feuergeißel auf ihnen sein Lied des Schaffens. Der Kopf schwebte, Wein trieb das Blut an, die Hand jagte über das Papier. Und wenn Clara auf Zehenspitzen am Musikständer vorüberging, dann hörte sie, wie die Fische Luft stampften, — gelassene Wellen durchschnitten den Raum, — und dann wieder jammerte eine Melodie, hart und verhalten, aber feste angeschlossen Akkorde klann aus dem Flügel: „Gonoueva“ wurde, — seine erste Oper...

\*) Aus dem in Kürze erscheinenden Schumann-Roman von Hans Tschermak, „Der klingende Berg“, Verlag G. Grosse, Regensburg.

Oft aber lönten in diese heulende Arbeit schwere Themen eines neuen Werkes, — der Dämonen zum „Manfred“ von Byron. Rasend wurden die Einfälle über die Taten gepöpst. Dämonische Visionen, Abbilder der Dämonen im eigenen Ich. Champagner mußte dann die Nerven kühlen.

Schauervolle Nächte, — Winterstürme, Kasernen von spigen Schneeflocken treiben gegen die Fenster. Im Leibe der glühenden Frau wachst neues Leben, und in den Stunden der dunklen Stille, der Schlaflosigkeit wachst sie ihrem Gesicht entgegen... Und drüben verzehrt sich der einzelne im Fieber seiner dämonischen Geburt. Zwei Einsame, leben sie neben einander Wochen hindurch, jedes hingebend an seine Vollendung, tief verbunden in Schmerz und Glück.

Im „Manfred“ schaffte der Anselote sein Eigenbild, die Kräfte des Körpers ermatten allmählich, mühsam aufrechterhalten von den Befehlen des Geistes, — und in der Brust kämpften Glut gegen die kalte Natur. Siedend hämmert das Blut gegen die Schläfe, in den Adern, und einmal, ganz von fern und nur vorübergehend, in einer trüben Nachtstunde, klingen in den Ohren wieder die kleinen ändernden Musikgeister, erhebt sich langsam das Brausen, das so langsam schon erloschen hatte, und der endende Mund stammelt: „Nun... ach nun... hörst du“... wieder... immer wieder... Und Stammelnd geht in ein langgezogenes Sinnen über. Kälteschauer schütteln den Körper, und erst der Morgen bringt Besserung.

Aber der Tag ist grau, der Himmel tief verhangen von Wolkenschichten, die kein Sonnenstrahl erreicht. Peinliche Nebel trüben die Luft, — viel Schnee wird noch fallen. Ist das Leidensdunst noch nicht groß genug über die Erde gesunken? Wohin der Blick wandert, — arane Naheheit schreit ihn. Still ist es in dem Künstlerbeim, drückender als je lastet eine Ahnung über den beiden Menschen. Robert spricht kein Wort, zur Arbeit führt er sich an diesem Morne nicht trüb: Clara hält so leicht die Kinder von ihm fern, — sie sollen ihren Vater nicht in solcher Umhüllung schauen.

Im Gemüt des Mannes wächte eine unerklärliche Wehmut, — gelang das Werk nicht? Er überdenkt es und kann aufreden sein. Und dennoch diese quälende Wehmut, diese vibrierende Unangenehmheit? ... Eine trübende innige Melodie schwinde durch die Stunden, widerstrebend vor der Hand auf das Papier erworren... Ist sie nicht wie eine süße Verkörperung, wie ein mild der Hand aus jener Welt? ... Ein Nüchlein Gottes... ein Sternensabalanz...

In die Dede des Vormittags tritt ein Mann, — Clara führt ihn herein: es ist Ferdinand David, ein eiliger Bote aus Leipzig. In seinem gleichen Gesicht steht Trauer. Und schwer sich überwindend, seine Hand noch in der Hand der glühenden Frau, meldet er das Unfassbare: Mordstich hat an diesem Tage...

„Nervenschlag, meinen die Ärzte.“ Da stürzt Schumann in des Freundes Arme, ein tief Verdorrter, und bricht in lautes Weinen aus, in Schreien, das wie ein Wehnen ist und keine Befreiung findet. Und keine Güte kann ihm helfen: dieser Tod wird auch sein Tod sein, — so sicher fühlt er es, die Ahnung in all den Stunden vorher erfüllt sich nun... In tiefe Ohnmacht sinken Geist und Leib...

### Der sechste Erdteil.

Die Geheimnisse der inneren Südpolargebiete.

Nur selten ist in neuerer Zeit eine Polarexpedition mit einem so überaus wichtigen, rein geographischen Programm ausgezogen wie die deutsche antarctische Expedition von Wilhelm Filchner. Nanzen und Shackleton hatten in Verbindung mit ihrem Suchen nach den Erdpolen die großen Geheimnisse der Polarregionen erschleiert; trotzdem lagen aber noch, zumal in der Antarktis, überaus wichtige Aufgaben vor. Wissenschaftlich arbeitende Geographen und Polarforscher hatten vermutet, daß die südliche Fortsetzung des atlantischen Ozeans, das Weddell-See, in einer ähnlichen Ausbuchtung wie das Ross-See auslaufe und ebenso wie dieses

gegen eine Barriere von Schelfeis enden sollte. Von dieser Theorie ausgehend, wollte Filchner seine Durchquerung der Antarktis versuchen, zu der er im Jahre 1910 aufbrach. Unter bedeutenden Schwierigkeiten, die aber durch energisches Vorgehen überwunden wurden, gelang es der Expedition, die Möglichkeit der Ausgangstheorie zu beweisen. Und so nennt denn Prof. Otto Nordenskjöld, der berühmte schwedische Geograph, in einem Geleitwort zu Wilhelm Filchners 10. eben unter dem Titel „Zum sechsten Erdteile“ (im Verlag von Ulstein) erschienenen monumentalen Reisebericht die Entdeckung der südlichen Begrenzung des atlantischen Ozeans, des Prinzregent-Luitpold-Landes und des Weddell-Schelfeis eine geographische Tat von allergrößter Bedeutung. Am 30. Januar 1912 fanden Wilhelm Filchner und seine Gefährten vor ihrem ersten Ziel; sie hatten allen Grund zu hoffen, daß es ihnen durch weitere Anstrengungen gelingen würde, in der atlantischen Erdhälfte das zu tun, was Shackleton auf der gegenüberliegenden Seite erreicht hatte, nämlich die Geheimnisse der inneren Südpolargebiete zu erschleiern.

Weniglich gesehen, ist wohl derjenige Teil des infolge des Krieges jetzt erst erdigenen Wertes der interantarktischen, nach oben berichtet, wie hart die Expedition nach Erreichung des Schelfeis einen Monat lang für dieses Ziel, die Entdeckung der inneren Polargebiete, kämpfte, und wie sie durch die gewaltige Uebermacht der Naturkräfte an seiner Erreichung verhindert wurde. Die Besetzung einer Eishölle, die größer war als der Bodeusee, ist ein Naturereignis, dessen gleichen wohl menschliche Augen niemals sahen.

Es war, so schildert Filchner diese Katastrophe, an einem herrlich schönen Sonntagmorgen gegen 4 Uhr, als ein starkes Krachen, ähnlich einzelnen Kanonenhüssen, anhob. Um 6 Uhr morgens machte einer der Matrosen die gleiche Wahrnehmung; nach seinen späteren Äußerungen fragte es, „als ob ein Dutzend Kanonen abgefeuert worden wären“. Eine Stunde später aber setzte plötzlich ein Spektakel ein, wie wenn hunderte von schweren Geschützen auf einmal abgefeuert

nach nicht gekommen, um einen amtlichen Vertreter in die Reparationskommission zu entsenden.

Ein schwedischer Vermittlungsversuch

Stockholm, 9. Jan. (Drahtber.) In der Vondner Meldung, Schweden könne vielleicht die Aufmerksamkeits des Völkerbundes auf die bevorstehende Aktion im Ruhrgebiet lenken, da eine solche Maßnahme den allgemeinen Frieden bedrohe, schreibt das Stockholmer Blatt „Sozialdemokrat“: Wöllig authentische Nachrichten über die Absichten Frankreichs liegen noch nicht vor. Behauptungen über die bevorstehende Besetzung, so ist anzunehmen, daß die Frage im Völkerbund zur Behandlung aufgeworfen wird. Schweden ist ja nicht das einzige Land, das daran interessiert ist, daß die Frage im Völkerbund erörtert wird. Die außerordentlichen Gefahren für den europäischen Frieden, die durch denartige extreme Maßnahmen hervorgerufen werden, können die nach Frieden trachtende allgemeine Meinung in keinem Lande unberührt lassen und haben es ja, wie man schon gesehen, auch nicht getan. Es kann nicht der geringste Zweifel über den Standpunkt Schwedens bestehen für den Fall, daß die Gerichte von einer Besetzung des Ruhrgebietes sich benachteiligt fühlen.

Die Meinungsfreiheit in Frankreich

Paris, 9. Jan. Das „Petit Parisien“ verlangt seit einigen Tagen scharfes Vorgehen gegen alle Franzosen, die nicht mit der Ruhrbesetzung einverstanden sind und dies in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen.

Richtigstellung französischer Lügen

m. Paris, 9. Jan. (Drahtber.) Entgegen einer Behauptung des „Petit Parisien“, die deutschen Delegierten hätten vor der Reparationskommission erklärt, das Kohlenyndikat habe bei der Kohlenlieferung an Frankreich nicht den gegebenen Anweisungen entsprechend gehandelt, ist der Pariser Vertreter des V.V.B. zu der Feststellung ermächtigt, daß eine derartige Äußerung selbstverständlich nicht gefallen ist. Es ist vielmehr das Verfahren für die Sicherstellung der Kohlenlieferungen erörtert worden, das darin besteht, daß den einzelnen Lieferungsyndikaten von der deutschen Regierung scharfe Lieferungsanweisungen erteilt werden. Die deutsche Delegation hat ausdrücklich erklärt, daß die Lieferungsanweisungen diese Anweisungen ebenfalls scharf auf ihre Befehle weitergegeben haben und mit der Regierung täglich bemüht sind, die wirklichen Lieferungen mit den Anweisungen in Einklang zu bringen.

Der Wille der Türken zum Frieden.

Von Dr. phil. h. c. Eiman von Sanders, General der Kavallerie.

Die Türken haben seit Jahr und Tag jedes Mittel versucht, um zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen. Die Großmächte der Entente oder haben ihnen solchen Frieden nicht zubilligen wollen, der die Türkei als unabhängigen und souveränen Staat bestehen ließ. So mußten die Türken kämpfen, um der griechischen Okkupation von Kleinasien ein Ende zu machen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollten. Nach vor der von König Konstantin geführten großen griechischen Offensive des Juli und August 1921 hatte sich die nationaltürkische Regierung bereit erklärt, die Vermittlung der Alliierten zum Frieden anzunehmen. Damals kamen die Griechen durch ihren Angriff jeder Vermittlung zuvor. Sie wollten Angora, die Hauptstadt der Regierung Mustafa Kemal, erobern und drohten sogar mit Worten, bis nach Trapezunt vorzustoßen zu wollen. Wie bekannt, scheiterte der griechische Angriff in der siebentägigen Schlacht am Sakariasschlachtfeld. Die Kriegslage begann sich zu Gunsten der Türken zu ändern. Der von der Entente herbeigeführte griechische Helfer hatte sich seiner Aufgabe nicht gewachsen erwiesen. Eine große Anzahl zerstörter, vorher blühender

Orte verblieb den Türken als Zeichen des feindlichen Vernichtungswillens. Das ganze türkische Land zwischen der anatolischen Bahn und der Küste des Ägäischen Meeres, in mehr als dreihundert Kilometern Tiefe, blieb auch dann noch von den Griechen besetzt, ohne daß die Großmächte der Entente auf die Räumung dieses weiten Landstriches drangen, obgleich Lloyd George früher mehrfach feierlich erklärt hatte, daß Kleinasien unbedingt den Türken verbleiben müsse. Als dann der kürzlich in Athen hingerichtete Minister Gumaris am 15. Februar 1922 an den englischen Außenminister berichtete, daß die Griechen ihre Stellungen in Kleinasien nicht mehr ohne Heereslieferungen und ohne finanzielle Hilfe behaupten könnten, wurde er von Lord Curzon nur mit Worten vertötet, ohne daß die Griechen von der Entente zur Räumung aufgefordert wurden und ohne daß den türkischen Forderungen endlich Gerechtigkeit widerfuhr.

Die Entente, unter englischer Führung, war in eine Sackgasse geraten, da sie in der Konferenz von Boulogne im Jahre 1919 gemeinschaftlich beschlossen hatte, daß die Griechen Kleinasien und Trakien okkupieren und dort ein Heer von 100000 Mann unterhalten sollten. Der Wille, diesen Fehler wieder gut zu machen, konnte von ihren Staatsmännern weder 1921 noch 1922 aufgebracht werden. Auf die Note der Alliierten vom 25. März 1922 hat die Regierung Mustafa Kemals dann wieder sofort ihre Bereitwilligkeit zu vorläufigen Friedensverhandlungen erklärt, aber sie hat nicht einmal eine Antwort erhalten. Noch kurz vor der türkischen Offensive, im August 1922, entfaltete die nationaltürkische Regierung zu demselben Zweck einen Minister nach London, aber er wurde dort von den leitenden Staatsmännern nicht empfangen und mußte unverrichteter Sache die Küste antreten. So blieb Mustafa Kemal nichts übrig, als sich selbst zu helfen, und durch die Vertreibung der Griechen aus Kleinasien die Möglichkeit zu einer friedlichen Entwicklung der Türkei zu schaffen.

Dies ist ihm gelungen. Zur Konferenz in Lausanne sind die Türken mit ehrlichem Friedenswillen erschienen. Sie können aber dort nur Bedingungen annehmen, welche die Unabhängigkeit des türkischen Staates sicherstellen und diejenigen Ergebnisse bringen, für welche das ganze Volk sich zu seinem Freiheitskampfe geeinigt hat. Zu diesen Bedingungen gehört in erster Linie die von England vertretene Befestigung in den Hoheitsrechten der Türkei über die Meerengen, deren Herrschaft unteilbar und bedingungslos den Türken gehören muß. Der Kernpunkt der englischen Vorschläge bezüglich der Meerengen zielt dahin, daß die Türkei in Kriegszeiten außer Stand gesetzt werde, die Dardanellen gegen den überraschenden Angriff einer englischen Flotte und Armee zu verteidigen. Aus diesem Grunde wird auch durch die Vorschläge der Alliierten jetzt das im Durchschnitt über 1000 Kilometer breite Marmarameer zu den Meerengen gerechnet.

Durch die Annahme derartiger Bedingungen würden nicht nur die Meerengen und Konstantinopel stets einem feindlichen Angriff preisgegeben sein, sondern auch für Rußland würde eine ständige Unruhe und Bedrohung geschaffen werden, da eine englische Kriegsschiffe jederzeit im Schwarzen Meere erscheinen könnten. Die Interessen der Türkei und Rußlands sind hier dieselben. England aber hat keinen Besitz am Schwarzen Meer oder in Kleinasien, den es zu schützen braucht. Die von England geforderte Freiheit der Meerengen würde lediglich eine Freiheit des Angriffs bedeuten. Gerade weil die Türkei den Friedenswillen hat, kann sie solchen alliierten Vorschlägen nicht zustimmen.

Die Wiedereinführung der Kapitulationsurteile — der fremdländischen Sonderrechte in der Türkei — und der Schutz der christlichen Minderheiten stehen bei den Verhandlungen von Lausanne an Wichtigkeit in zweiter Linie. In der Türkei gibt es nur noch einen politischen Willen, denjenigen der Großen Nationalversammlung. Die Türkei hat keinen Sultan mehr, sondern nur einen Kalifen, das Haupt der muhamedanischen Religion. Die Türkei hat eine neue, ganz demokratische Staatsform gefunden. Der Kalif bleibt dem Hause Osman erhalten, aber die Regierungsmacht ist ihm genommen. Seit dem Frühjahr 1920 regiert die Große Nationalversammlung in Angora das türkische Land. Sie hat die sämtlichen weltlichen Befugnisse des Sultans sowie die Befugnisse des Ministerrates und des Parlamentes in sich vereinigt, und so soll es bleiben. Der Kalif soll in Zukunft außerhalb jeglichen politischen Getriebes stehen und als Haupt des Islam unabhängig sein. Sein Sitz bleibt Konstantinopel und der Schutz der heiligen Religion bleibt ihm anvertraut. Welchen Einfluß er auf die Große Nationalversammlung ausüben wird oder diese auf ihn, wird von der

Persönlichkeit des Kalifen abhängen. In einem Lande, in welchem die Religion das feste, einigende Band bildet, müssen sich politische Wechselbeziehungen zwischen dem Oberhaupt der Religion, dem Kalifen und der ausübenden Regierungsgewalt — der Großen Nationalversammlung — ergeben, weil die Stellung des religiösen Oberhauptes dem Staate die Befestigung als islamitische Vormacht sichert.

Die Türkei hat bewiesen, daß sie eigene Wege gehen will und auch versteht, sich diese zu bahnen, aber sie hat zugleich bekräftigt, daß ihre Wege auch fernerhin unter dem Banner der muhamedanischen Religion ausgeht werden sollen.

Deutsches Reich

Die neue Erhöhung für die Staatsarbeiter.

Berlin, 9. Jan. (Drahtber.) Die gestern im Reichsfinanzministerium begonnenen Verhandlungen über die neue Lohnerhöhung für die Staatsarbeiter wurden in später Abendstunden abgebrochen, da eine Einigung nicht zu erzielen war. Die Beratungen sollen heute fortgesetzt werden.

Ein Fluchtversuch des Rathenau-Mörders.

Berlin, 9. Jan. Das „Achtuhrabendblatt“ meldet aus Rührin, daß der Rathenau-Mörder Teichow gemeinsam mit einem inhaftierten früheren Offizier namens Schauer einen Fluchtversuch aus der Strafanstalt Sonnenburg gemacht habe, der im letzten Augenblicke dadurch vereitelt worden sei, daß andere Sträflinge diesen Fluchtplan verrieteten. Zwei Gefangenenerwärter seien auf Grund der von der Anstaltsleitung geführten Untersuchung verhaftet worden.

Justizreformen.

Reichsjustizminister Dr. Heineke wollte dieser Tage in München, um mit der bayerischen Regierung die Befegung des süddeutschen Senats im Staatsgerichtshof zu besprechen. An der Besprechung nahmen auch die Justizminister von Baden, Württemberg und Hessen teil. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Münchner Neuesten Nachrichten sprach Dr. Heineke auch über die notwendigen und geplanten Justizreformen. So vor allem über die Vereinfachung der Rechtspflege, zu der das Glend der Finanzlage im Reich mit zwingender Notwendigkeit drängt. Die deutsche Rechtspflege kann sich den Luxus von früher, namentlich den ausgedehnten Instanzenzug nicht mehr gestatten. Im unmittelbaren Zusammenhang damit steht die weitere und umfangreichere Reorganisation der Gerichte, die einen wesentlichen Teil jeder Justizreform bedeutet. Die Zurückziehung der Laien zur Rechtsprechung hat hohe Bedeutung, die nicht verkannt werden soll. Das Rückgrat der Rechtsprechung aber muß das beamtete und wissenschaftlich ausgebildete Richteramt sein. Ein zu starkes Ueberwiegen des Laienelements in der Befegung der Gerichte verbietet sich übrigens von selbst infolge der hohen Kosten, die dadurch verursacht würden; denn es ist keine Frage, daß die mit Laien besetzten Gerichte nicht so viel leisten können, wie die Berufsrichter, und so wenig man die Laien in der Rechtsprechung einbeziehen kann, so klar zeigt die Erfahrung doch, daß die Rechtsprechung durch die Befegung der Richterliche mit Laien verlangsamt wird. Vor allem aber ist ein zu starkes Ueberwiegen des Laienelements für die Kontinuität und Sicherheit der Rechtsprechung bedenklich.

Damit kommt man aber zugleich auf eine andere Angelegenheit, die Gegenstand der gemeinsamen Besprechung des Reichsjustizministers mit den süddeutschen Justizministern sein wird: die notwendige Entlastung des Reichsgerichts. Das Reichsgericht hat doch in erster Linie die Aufgabe, das Recht zu entwickeln; es hat zu prüfen, wie sich das geschriebene Gesetz in die Praxis umsetzt, es hat die Gesetze nach ihrem Wesen und nach ihrer praktischen Auswirkung durchzuarbeiten, das Recht für das ganze

Reich einheitlich zu erhalten und es bis in die letzten Konsequenzen durchzuarbeiten und zu entwickeln.

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 9. Jan. Der mit Spannung erwartete Schiedsspruch in der Frage der Bergarbeiterlöhne ist gestern nacht nach achttündiger Sitzung gefällt worden, nachdem bekanntlich die Einigungsverhandlungen gescheitert waren. Der Schiedsspruch sieht eine Erhöhung der Schichtlöhne vom 1. Januar an um 700 Mk. und vom 12. Januar an um 1700 Mk. vor. Darin ist eine Erhöhung des Soziallohns von 50 Mk. eingezeichnet. Es wird in dem Schiedsspruch gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, daß die Ueberprüfungen fortgesetzt werden. Erklärungen der beiden Parteien über die Annahme des Schiedsspruchs liegen noch nicht vor. Es ist ihnen eine Frist bis zum 13. Januar, 6 Uhr abends, gesetzt worden. Zugleich wird die Ansetzung des Schlichtungsausschusses auf Einrichtung von Förderprämien ausgesprochen. Das Schiedsgericht tagte unter dem Vorsitz des badi-schen Arbeitsministers Dr. Engler. Außer dem Regierungsdirektor waren drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmervertreter zugegen.

Bunte Chronik

Bier Kinder durch Gasvergiftung umgekommen. Als in der Nacht zum Sonntag die Eheleute Heidenreich nach ihrer Wohnung in Erfurt zurückkehrten, fanden sie ihre vier Kinder im Alter von 3 bis 13 Jahren tot vor. Der Tod war durch Gasvergiftung eingetreten. Der den Gasbehältern geöffnet hatte, konnte nicht festgestellt werden.

Großfeuer in einer Möbelfabrik. Von einem Großfeuer wurde die Möbelfirma Brömmel in Magdeburg heimgejucht. Das Feuer dehnte sich in kurzer Zeit auf sämtliche vier Stockwerke des Gebäudes aus. Eine große Zahl fertiger und halbfertiger Möbel sowie Material aller Art wurden vom Feuer zerstört.

Bom Wetter

Dienstag, den 9. Januar 1923.

Die Herrschaft des großen nördlichen Tiefdruckgebietes dauert an; eine auf seiner Südseite vorüberziehende Druckwelle brachte gestern in Süddeutschland wieder Niederschläge (im Gebirge teilweise Schnee). Die Temperaturen sind noch etwas gestiegen, so daß ganz Baden mit Ausnahme des Hochschwarzwaldes frostfrei ist. Eine wesentliche Milderung der milden, regnerischen Witterung ist nicht zu erwarten, da vom Ozean eine neue Druckstörung vorrückt, die wieder Niederschläge bringen wird.

Wetterausichten für Mittwoch, 10. Januar: Meist trüb, wieder Niederschlag (leicht Regen), mild; westliche Wind.

Schneeberichte.

Feldberg: 122 Zentimeter, dichter tragfähiger Schnee, 1 Grad Kälte, Nebel, schwacher West, Skisport gut. Oberrhein: 50 Zentimeter, pulvriger Neuschnee, 2 Grad Kälte, Schneefall, Ski- und Rodelbahn glänzend.

Table with 2 columns: Location and Snowfall/Temp. Rows include Rhein-Wasserrände, Schutterinsel, Achl, Maxau, Mannheim.

Sacto-Rühreipulver für Eier-Plankuchen, Eis, Gebäck usw. Lactowerk, Forchheim bei Würzburg.

Kunst und Wissenschaft

Ehrenvolle Auszeichnung. Den beiden Direktoren der Benzwerke in Gaggenau, Dr. Friedrich Demann und Dr. Felix Lohmann, wurde eine außerordentlich seltene Auszeichnung zuteil: sie wurden von der spanisch-amerikanischen Akademie für Kunst und Wissenschaft in Madrid unter Verleihung des Ordenssterns und der goldenen Medaille zu Mitgliedern dieser Akademie ernannt.

Künstlerhonore. Die Spitzenorganisation der bildenden Künstler Deutschlands, der Reichswirtschaftsverband, hat in diesem Sommer Mindestgehältern festgesetzt, die die Künstlerhonore in verhältnismäßig niedrig berechneten Sähen festlegen. Der gültige Preis beim Verkauf von Kunstwerken soll dann durch Multiplikation mit einer Indexziffer errechnet werden, die der Verband allmonatlich entsprechend dem Steigen der Indexziffer des Statistischen Amtes festlegt. Sie beträgt jetzt das 15fache der Gehältern aus dem Sommer. Danach beläuft sich der Normalmindestpreis für ein Porträt-Breitbild in Größe 54 x 65 auf 82.500 Mk., in Größe 120 x 95 auf 135.000 Mk. Eine Wandhöhe in Größe 50 x 65 soll 60.000 Mk., in Größe 73 x 100 105.000 Mk. kosten. Als Künstlerhonorar für das Gippsmodell einer lebensgroßen Bildnisbüste werden 150.000 Mk. errechnet. Der Reichswirtschaftsverband betont, daß es sich um Mindestsätze handelt, und daß jeder Künstler, der etwas Bewegungsfreiheit haben will, über diese Grenze hinausgehen muß. Jedemfalls sollen diese Sätze von keinem Künstler, der von seiner Kunst existieren will, unterboten werden dürfen. Gerade heute dürfte es kaum möglich sein, sich auf Grund solcher Honorare Mühe und Ruhe zu freier schöpferischer Arbeit zu schaffen. Hier ist der Punkt, wo die Not der Künstler eine Not der Kunst wird und wo die Notgemeinschaft der Kunst einleiten sollte.

Beilage zum „Karlsruher Tagblatt“. Der heutigen Nummer liegt ein Literaturblatt bei.

worden wären“. So berichteten nachher einige Bewohner des Zelles, das auf dem Stations-eisberg den Baustrupp für das Stationshaus beherbergte. Auch an Nord war der Hüllenspektakel von einigen Leuten wahrgenommen worden, doch wurde der wahre Grund erst zu spät erkannt. Fühner selbst wurde erst nachher durch den Kapitän mit dem aufgeregten Zuruf gewedert: „Alles Eis der Nacht ist in Bewegung, der Stationseisberg hat sich gedreht!“ Dieses Unheil konnte nur die „Springflut“ angeordnet haben, die jetzt — es war gerade Neumond — ihren höchsten Stand erreicht haben mußte. Die erste Sorge galt dem Baustrupp auf dem Stations-eisberg, der durch ein Rettungsboot in Sicherheit gebracht werden mußte. Es zeigte sich bald, daß der Stations-Eisberg nicht gebrochen, sondern durch die Flutwelle von den Barriere-Eismassen losgebunden worden war und, langsam dabei eine Drehung im Sinne des Uhrzeigers ausführend, nach Norden abtrieb. Zeit war keine zu verlieren, und deshalb mußte der Abtransport des Baumaterials, das mit dem beladenen Schlitten, der Kohlen und des anderen Stationsmaterials so schnell und so praktisch wie möglich erfolgen. Da an Proviant Ueberfluß war, wurde dieser zuerst geborgen. Man arbeitete trotz der Mittags-temperatur von — 18 Grad Celsius in demsärweln.

Der Morgen des 21. Februar 1912 brachte eine unangenehme, folgenschwere Ueberforderung. Längs der Barriere zog sich ein schmaler, dunkler Streifen Wasserhimmels, der sich zusehends verbreiterte. Was konnte diese über der Barriere lagernde Wasserdampfwolke bedeuten? Doch nur, daß die gesamten jenseits des Streifens liegenden Barriere-Eismassen von der Hauptbarriere losgetrennt waren und abtrieben. Auf eine so gewaltige Wirkung der Flutwelle war niemand gefaßt gewesen. Wie sich aus dem später konstatirten Kartenbild der Gegend ergab, hatten die von der Flutwelle losgesprengten Barriere-Eismassen eine ungefähre Dreiecksausdehnung von 600 Quadratkilometern, also mehr als der Bodensee (480 Quadratkilometer) oder die Dänische Insel Bornholm, die 562 Quadratkilometer

groß ist. Unter der Annahme, daß die Durchschnittshöhe der Eismasse über Wasser 15 Meter beträgt, würden demnach mehr als 50 Milliarden Kubikmeter von der Barriere losgebunden sein. Die Eismassen trieben langsam nordwestlich ab und gerade dieser Umstand hatte die Bergung der Station vom Stationseisberg aus ermöglicht. Die abtreibenden Eismassen schienen unerforschlich zu sein, denn das Meer im Süden war bis in die Gegend der ehemaligen Bahnlucht damit überdeckt. Als erstes Eisstück hatte sich der Stationseisberg bei der Katastrophe gelöst; er zog gleichsam als Markspitze hinaus in die Beddelfsee, gefolgt von weiteren Eismassen als Vorhut. Beim Beginn dieses Sturzes ahnte niemand, welche gewaltigen Eismassen sich diesem Vormarsch noch anschließen sollten. Am Morgen des 24. Februar 1912 hatte das Hauptstück die Vega-Eis-Bucht zum größten Teil verlassen. Die ganze Meeresoberfläche im Süden und Südwesten war noch mit Balken und Eisbergtrümmern übersät. Da die Eismassen sich schließlich gegen die „Deutschland“ in Bewegung setzten, wurde die Maschine klar gemacht, so daß das Schiff jede Minute Anker hoch nehmen konnte.

Ein deutsch-amerikanischer Dichter aus Karlsruhe.

Von Dr. W. Gross (Karlsruhe).

Ein „deutsch-amerikanischer Dichter“ ist er sogar genannt worden, der einmalkal Karlsruhe Gymnasialist Robert Keibel, in der von E. Bierck und seinem Sohn, George Sulzberger Bierck in New York herausgegebenen Monatschrift für deutsche Kultur in Amerika, „Der deutsche Vorkämpfer“, am 27. Januar 1849 in Weitenau, A. Schopfheim, als Sohn eines Lehrers geboren, hat er nach dessen Befegung hier in Karlsruhe die Mittelschule durchgemacht, nicht eben zur Zufriedenheit seiner Lehrer, denn seiner Begegnung. Die wandte sich neben dem deutschen Stil besonders der Kneipzeitung un-

ferer „Anania“ zu, wie die in U. — u. D. I.) (damals U. — u. D. VI.) im verborgenen blühende Verbindung hielt — mit uns „Frischen“, den Schülern. — Das war Stoff für mancher der mehr oder minder gelungenen Reimerlein, darunter aber auch wirkliche Gedichte, besonders unseres Keibel, der in ihnen formgewandte mit Vorliebe die scharfen Pfeile seines Witzes versandte. — Nach einem (amerikanischen) Bild des Bierckers hatte ich leicht das des achtzehnjährigen Jünglings mit dem Lockenopf wiedererkannt, wie es bei mir weiter lebte, festgehalten durch unter Anekbild vom Sommer der Abgangsprüfung 1867, aus dem ich nur drei von den achtzehn Anker mit noch am Leben weilt. — Der Vater hatte ihn für das Studium der Theologie bestimmt, das sagte ihm aber weniger zu als das Studentenleben in Heidelberg, und bald nahm ihn die Zukunftsstätte für verbummelte Studenten der damaligen Zeit, das gelobte Land Amerika, auf. Auf mancherlei Umwegen war er, wie in der Heimat verlannte, Gründer und Leiter einer freireligiösen Gemeinde in Washington geworden und hatte sich dann ganz der Schriftstellerei gewidmet und vierzehn Jahre bis zu seinem frühzeitigen Tode mit noch nicht ganz fünfzig Jahren mit Hilfe vermöglicher Freunde eine Dichtungsbücherei „Der arme Teufel“ herausgegeben, die „wundervolle Erlebnisse deutscher Dichtung, weniger in gebundener Form, die meisten in einer wahrhaft klassischen Prosa, brachte, oft von scharfer Satire oder drohlichem Humor durchsetzt. Gerade darin hat Keibel Unvergleichliches für uns verbannte Kinder der deutschen Dichtkunst“ — hat ihm ein Gedeknwort zehn Jahre nach seinem Tode nachgerufen. — In einem Buch „Die Identener eines Brünen“ hat er frei-fürlich seinen schmerzlichen Lebenskampf in der neuen Welt geschildert. In seinen arbeitsreichen Werken aber zählt man den „Verbittraum“, eine Phantasie über Shakespeares letzte Jahre, gedichtet von seinem jahrelangen Leidensgenossen, gleich dem Dichter, auf den er noch bis zuletzt in dem Rundgang der Freunde einräumte, die ihn bei Bedenkung über die Schmerzen wegzutauschen suchten. — Unverändert dervielte, wie er vom Gymnasium ab gelebt.



Das Karlsruher Handwerk.

Vor einer gut besuchten Handwerkerversammlung im Saal 3 des Colosseums sprach am 9. d. M. der Vorsitzende des Distrikts Franz Huber. Der Redner beleuchtete kurz die Verhältnisse vor zwei Jahren, die die Schaffung eines Kampfblodes des Karlsruher Handwerks notwendig machten und die dann zur Gründung des Distrikts für das selbständige Handwerk und Gewerbe Karlsruhe führten. Heute ergibt die Betrachtung der handwerklichen Verhältnisse ein wesentlich anderes Bild. Die Not der Zeitläufte hat die große Mehrzahl der Handwerksbetriebe zu Einschränkungen gezwungen und trotzdem ist die Aufrechterhaltung der Betriebe nur mit schwersten Opfern möglich. Die Preisbildung der Syndikate, auf die das Handwerk ohne jealidigen Einfluß ist, bringt dem Handwerk eine stetige Verminderung des Betriebskapitals. Unterstützt aber wird diese Erscheinung noch durch die Bewegung der Löhne. Der Einfluß des Handwerks auf die Lohnbildung im metallverarbeitenden Gewerbe ist wegen der von der hiesigen gut beschäftigten Industrie bezahlten hohen Löhne ein geringer, und es war vornehmste Aufgabe des Distrikts, diesen Einfluß durch Mitwirkung bei allen Tarifverhandlungen zu verhärfen.

Die Vertretung des hiesigen Handwerks durch das Distriktsrat vor dem Gewerbeamt führte zu günstigen Vergleichen, aber auch in vielen Fällen zu siegreichem Ausgang der Verhandlungen. Die Frage der Unkostenfrage hat eine besonders intensive Bearbeitung erfahren und es darf festgestellt werden, daß die Stellung der vergebenden Behörden sich bedeutend geändert hat. Ebenso ist es gelungen, Auftraggeber, die säumig waren, zu sofortiger Zahlung zu zwingen. Hinsichtlich der Forderungen an die Handwerkerkassenorganisation, die lange genug Staub aufgewirbelt haben, wurde ein befriedigender Vergleich gefunden.

Das Distriktsrat für das selbständige Handwerk Karlsruhes ist bis heute von 16 hiesigen Handwerkerorganisationen getragen worden. Seine Existenz ist durch die ungeheure fortschreitende Geldentwertung ersichert. Eine finanzielle Stützung durch die hiesige Handwerkskammer ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Damit aber steht das Karlsruher Handwerk am Scheidewege. Ist es durch seine beruflichen Organisationen in der Lage ohne das Distriktsrat auszukommen? Wenn nicht, ist es in der Lage, diese Vertretung aus sich selbst heraus zu tragen? Mit dieser Frage schloß der Redner seine gehaltenen Ausführungen.

Das finanzielle Bild, das der Redner des Distriktsrats, Bauunternehmer Herrmann, zeichnete, war trüb. Der stellvertretende Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe und Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Schlossermeister Blum, erläuterte die Unmöglichkeit einer finanziellen Hilfe der Handwerkskammer. Geherrn Rat Cron vom Landesgewerbeamt weist auf die Notwendigkeit des handwerklichen Zusammenstehens hin und empfiehlt dem Karlsruher Handwerk durchhalten bis zum Inkrafttreten des neuen Handwerkergesetzes. Daran schloß sich eine überaus rege und lebhaftige Aussprache, in der hauptsächlich der Direktor der Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk Sonnerr wertvolle Vorschläge für die Finanzierung des Distriktsrats machte. Alle Ausführungen aber gipfelten darin, daß die Erhaltung der bisherigen Organisation zu den ersten Existenzbedingungen des Karlsruher Handwerks in der Zukunft gehören wird. Die Sandgebung schloß mit dem einstimmigen Wunsch, daß das Distriktsrat für das selbständige Handwerk und Gewerbe von Karlsruhe weiter bestehen bleibt.

Aus dem Stadtkreise

Ein schweres Unglück bei Ruppurr.

An jener Stelle, an der vor einigen Jahren Direktor Dr. Neumann aus Mannheim und weitere Insassen eines Kraftwagens verunglückten, ist am Montagabend ein folgenschwerer Zusammenstoß erfolgt. Bei diesem fand der Fuhrmann Kull aus Dennach, Vater von 8 Kindern, den Tod.

Der Postbericht meldet: Am Montagabend gegen halb 6 Uhr stieß der um 5.37 Uhr in Ruppurr einlaufende Zug der Albtalbahn bei dem Bahnübergang an der Rastatter Straße, unweit der Gärtnerei Wayer, mit dem in der Richtung nach Ettlingen fahrenden leeren Langholzfuhrwerk des Holzhändlers Franz Allinger von Schwann bei Neuenbürg zusammen. Der Langholzwagen wurde vollständig zertrümmert, der Fuhrmann Ernst Kull, verheiratet, 48 Jahre alt, aus Dennach, geriet unter den Motorwagen und wurde sofort getötet. Von den zwei Pferden des Fuhrwerks kam das eine mit geringen Verletzungen davon, während das andere getötet werden mußte. Der vordere Teil des Motorwagens ist stark beschädigt. Nach den vorläufigen Feststellungen hat der Wagenführer rechtzeitig seine vorgeschriebenen Signale abgegeben. Der Fuhrmann soll ohne Laterne gefahren sein. Die Leiche des Fuhrmanns wurde nach den Feststellungen durch die Kriminalpolizei nach der Leichenhalle in Karlsruhe gebracht.

Die Direktion der Albtalbahn teilt den Unfall wie folgt mit: Montagabend 5.35 Uhr überfuhr ein Motorwagen-Zug der Albtalbahn am Übergang zwischen Kraftwerk und Station Ruppurr ein leeres Holzfuhrwerk, welches unbedeutend gerade in den Zug fuhr. Der Fuhr-

mann Karl Kull von Schwann sowie ein Pferd wurden getötet, der Wagen vollständig zertrümmert. Der Schaden am Motorwagen ist unbedeutend. Die Staatsanwaltschaft wurde sofort benachrichtigt und war alsbald zur Stelle. Nach 2 1/2 Stunden wurde der Verkehr wieder freigegeben.

Von ausständiger Stelle wird uns über den Unfall noch folgendes berichtet:

Die Untersuchung, die durch die Staatsanwaltschaft II Karlsruhe geführt wird, ist eifrig damit beschäftigt, die Ursache des Unfalls aufzuklären. Nach dem Zusammenstoß wurde von Amtsrichter Dr. Schneider, Ettlingen, ein Augenschein der Unfallstelle vorgenommen, der u. a. ergab, daß der Unfall in die Kompetenz der Karlsruher Staatsanwaltschaft gehört. Der Unfallort liegt außerhalb Ruppurr gegen Ettlingen zu, ein paar hundert Meter unterhalb des elektrischen Wertes, aber noch auf der Karlsruher Gemarkung. Die Albtalbahn kommt an dieser Stelle aus dem Felde heraus, überquert die Landstraße und läuft dann neben der Straße bis zum Ruppurrer Bahnhof. Eine Reihe von Personen, darunter auch Bahnbeamte, ist bereits vernommen worden. Besonders Gewicht hat natürlich die Aussage des Führers des Motorwagens des betreffenden Zuges. Er gibt an, daß durch das regnerisch-neblige Wetter die Sicht ganz bedeutend erschwert war, und die Belichtung beeinträchtigt wurde. Für einen Augenblick habe er die Köpfe der Pferde gesehen, dann sei aber das Unglück geschehen gewesen. Der Zug, der von Ettlingen kam, habe rudertartig gehalten, sei dann aber noch eine Strecke weiter gelaufen. Das verunglückte Fuhrwerk kam von Karlsruhe her. Der Anprall sei ganz plötzlich vor sich gegangen. Die Staatsanwaltschaft will auch noch einen Chauffeur vernehmen, der zu gleicher Zeit die Unfallstelle passierte und der vielleicht noch näheren Aufschluß geben kann. Der Name dieses Chauffeurs steht fest.

Nach dem Unfall wurde der Kupferverkehr auf etwa 2 1/2 Stunden eingestellt, um den postlichen Organen Gelegenheit zur Orientierung zu geben. Die Leiche des verunglückten Fuhrmanns wurde dann mit demselben Zuge nach Karlsruhe überführt.

\*

Das Reichsgesetzblatt Nr. 85 vom 29. Dezember hat folgenden Inhalt: Änderung des Zwangsangehörigen-Gesetzes. — Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Angestelltenversicherung. — Verfahrensordnung für die Kammern der Angestelltenversicherung. — Verordnung über das Wahlrecht der Wanderversicherten. — Dritte Verordnung über die Aushebung der Versicherungsbeiträge in der Angestelltenversicherung. — Verordnung über Errichtung von Ausschüssen und Kammern für Angestelltenversicherung. — Verordnung über die weitere Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung. — Verordnung über die Steuerbefreiung der Entschädigungen zur Abfindung von Liquidationsgläubigern. — Fünfte Verordnung, betr. die Gebühren der Rechtsanwält. — Bekanntmachung über die Entschädigung der Angehörigen Oesterreichs und der Tschechoslowakischen Republik für unschuldig erlittene Unterdrückungshaft.

Ostersonntag am 1. April. Der Ostersonntag fällt in diesem Jahre auf einen verhältnismäßig frühen Termin, den 1. April, was in unserem Jahrhundert bisher noch nicht vorkam, der nun aber noch dreimal mit elfsfähriger Periode, in den Jahren 1934, 1945 und 1956, wiederkehren wird. Auch das vorige Jahrhundert hatte diesen Ostertermin viermal: in den Jahren 104, 1868, 1877 und 1888 erlebt. Wie bekannt, fällt nach der Festsetzung des Konzils von Nicäa der erste Osterfesttag auf den ersten Sonntag nach Vollmond nach Frühlingsanfang: der früheste Ostertermin ist hiernach der 22. März, ein Fall, der allerdings recht selten vorkommt, und der in der Zukunft erst wieder für das Jahr 2285 zu erwarten steht. Auch der zweitfrüheste Ostertermin, der 28. März, ist noch ziemlich selten, immerhin haben wir ihn vor einem Jahrzehnt im Jahre 1913 erlebt. Vorher war er zuletzt in den Jahren 1845 und 1856 vorgekommen, in Zukunft wird er erst wieder im Jahre 2008 eintreten.

Pfarrdienst-Jubiläum. Stadtpfarrer Franz Roth konnte am Dienstag auf eine 25jährige Wirkamskeit als Pfarrer der Weistadt, jetzt, nach Bestreunung der Gemeindegliederung, der Christenpfarre, zurückblicken. Stadtpfarrer Roth hat in dieser Zeit als Prediger, Seelsorger, Lehrer und Organisator gleich Hervorragendes und Vorbildliches geleistet und erfreut sich darum besonderer Hochachtung bei seinen zahlreichen Gemeindegliedern wie auch sonstiger weiter Kreise unserer Stadt und unseres Landes. Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit hat der Jubilar alle Festlichkeiten zu seiner Ehrung abgesehen. Seine Gemeinde hat es sich aber nicht nehmen lassen, ihm ihre Dankbarkeit und ihre innigen Wünsche für ferneres segensreiches Wirken durch eine Adresse zum Ausdruck zu bringen, und aus Anlaß des Gedentages die Sammlung von Gaben zur Bildung des Grundfodes für eine wohltätige Stiftung begonnen, die den Namen Franz Roth's tragen soll. Auch wir bringen dem Gefeierten unsere herzlichsten Segenswünsche dar.

Seinen 70. Geburtstag begeht am 11. Januar dieses Jahres Herr Ch. Kauf aus Speyer a. Rh. Nach Gymnasialbildung kam er kurze Zeit auf ein Notariat, dann ging er in den inneren Dienst der Palzbahn in Ludwigshafen. Später kam er nach Mannheim bei Neustadt a. d. S. als Bahnverwalter, wo er 18 Jahre tätig war.

Nach seiner Pensionierung zog er nach Karlsruhe. Während des Krieges rief seine Frau verschiedene gemeinnützige Einrichtungen ins Leben, bei denen Herr Kauf das Kasernenwesen übernahm. Dann übernahm Herr Kauf das Amt des Kassierers und Rechners des K. Rentnerbundes. Während ihm noch lange Jahre Gesundheit und Wohlergehen beschieden sein.

Postadler. Alle Post-, Telegraphen- und Fernsprechämter erhalten gegenwärtig neue Posthauschilder. Es sind die sog. überhöhenmelzten Schilder in Größe von 60:45 Zentimeter, für die Postagenturen 50:30 Zentimeter. Sie zeigen den neuen schwarzen Reichsadler mit rotem Schnabel, roten Fängen, grauem Auge und grauer Schwinge auf weißem Grund. Die Posthilfsstellen bekommen ein Schild ohne Adler.

Ependen. Zur Verteilung als Weihnachtsgaben wurden dem Fürstbischöflichen Hofamt folgende Spenden überwiesen: von der Firma Rannkuf & Co. 250 Gutscheine à 200 M. = 50.000 M., von der Firma Sinner N.-G. 16.000 M., von Herrn Rud. Dörr 3000 M., von Firma W & S. Bär 1000 M. Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten. Die Abhaltung der diesjährigen Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten ist für die erste Hälfte des Monats März in Aussicht genommen. Die Anmeldungen sind im Laufe des Monats Februar beim Justizministerium einzureichen.

Pohnbewegung in der süddeutschen Holzindustrie. Die in der letzten Zeit in der süddeutschen Holzindustrie geführten Lohnverhandlungen sind als ergebnislos abgebrochen worden, nachdem die Arbeitgeber auf der unveränderten Verlängerung des jetzigen Abkommens bestanden haben.

Deutsches Turnfest 1923. Für das 18. Deutsche Turnfest, das im Juli dieses Jahres in München veranstaltet wird, hat die Stadt München alle Ausschließungshallen und die Theresienwiese kostenlos zur Verfügung gestellt, einen Zuschuß von 1.000.000 M. bewilligt und einen Garantiefond von 300.000 M. gewährt.

Ins Wasser gegangen. Am Montag vormittag wurden am Stiefkanal des Rheinfahrs ein grauer Mädchenmantel, eine blaue Wäse, ein Schal, ein Paar Handschuhe und ein Korb mit Eiern gefunden. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß die Gegenstände Eigentum einer in Daxlanden bei ihren Eltern wohnenden 17 Jahre alten ledigen Arbeiterin sind. Das Mädchen entfernte sich früh früh nach 6 Uhr wie gewöhnlich aus der elterlichen Wohnung, um ins Geschäft zu gehen. Vermutlich hat sie sich aber, den vorhandenen Spuren nach zu schließen, unmittelbar nach dem Stiefkanal begeben und dort aus unbekanntem Veranlassen den Tod gesucht. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Fahrlässige Brandstiftung. Gestern früh 2 1/2 Uhr entstand in einem hiesigen Gasthaus dadurch ein Zimmerbrand, daß sich ein dort logierender Hotelgast aus Heidelberg verunfuglich mit einer brennenden Zigarette zu Bette legte, das Bett fing an zu brennen. Das Feuer konnte von den Hotelgästen gelöscht werden. Der entstandene Schaden beträgt etwa 80.000 M. Der Hotelgast wurde verhaftet.

Von den sechs neuen Treibriemen, die in der Reulshausstraße aus einem Sägewerk an der Durlacher Allee geordnet wurden, ist nachträglich einer, in Stücke zerschnitten, auf einem Acker in der Nähe des Sägewerks samt dem Sackstoff, in dem alle Riemen verpackt waren, aufgefunden worden.

Festgenommen wurden: 5 Ausländer wegen Verletzungen gegen die Paketzimmungen, darunter je einer wegen unerlaubter Grenzüberbreitung und Bruchs der Ausweisung, ein Hilfsarbeiter von Ettlingen, der von der Staatsanwaltschaft hier wegen Diebstahls gesucht wurde, ein vom Amtsanwalt in Erding wegen Unterschlagung gefuchter Bauarbeiter, ein von der Staatsanwaltschaft Freiburg wegen Unterschlagung ausgefuchter Tagelöhner von Blumegg und ein Kartonnagenarbeiter von Trostingen, in dessen Besitz Schmuckstücke gefunden wurden, die offenbar von einem Diebstahl herrühren.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Am Samstag, 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Landestheater eine Märchenvorlesung für große und kleine Kinder durch den hervorragenden Rezitator Oskar Herrmann statt, der auch als Schriftsteller wie als Dozent der Volkshochschule am Sonntag herangezogen ist und durch seinen Wortreichtum im hiesigen Kaufmännischen Verein auch in Karlsruhe mit lobendem Erfolg am Sonntag, 14. Januar, 11 1/2 Uhr, im Rahmen einer „Sudwig-Thomas-Motiv-entfaltung“ nach kurzer Einführung Dichtungen ersten und besten (auch mundartlichen) Charakters von Ludwig Thoma, des weit über die Grenzen seiner engeren oberbayerischen Heimat hinaus beliebten Dichters, zum Vortrag bringen und wie überall so auch bei uns, ohne Zweifel die härteste Wirkung erzielen.

Chronik der Vereine.

Christliche Feiert. Die von der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutsch-evangelischen Frauenbundes am Sonntag in der Schloßkirche veranstaltete Christliche Feiert hat eine Stunde seltener geistlicher und weltlicher Erbauung dar. Aus der sich gegenseitig ergänzenden und harmonisch zusammenhängenden Verbindung von Wort und Ton in dem die Stimmung innerer Einkehr fördernden Nennere der Schloßkirche, Pfarrer Dindenhofen hatte sich für seine Schriftleitung eigene Texte geschaffen. In kraftvoller, gedankreicher und formvollendeter poetischer Sprache rief er zur feierlichen Betreffung aus den unter Gegenwartleben zur Erde niederziehenden Vanden auf. Mit schönen dankerfüllten Worten gedachte er bei der Vertiefung dieses Fieles des Wirkens der Frau und

ihres Bundes, den zu stärken sich Alle, die ihm noch fern stehen, bereit finden möchten. Umrahmt waren die Schriftleistungen von hochwertigen musikalischen Darbietungen. Universitätsmusikdirektor Dr. Hermann Poppen sah an der Orgel und setzte sich in den großangelegten Solowerken von Burleube, Bach und Regner mit ausgedehnter Begabung wieder als ein Meister dieses Instruments, bei dem neben dem ortsüblichen Können der bedeutende und fähigste Künstler zum Vorschein kommt. Margarete Schwickler spielte mit ausgedehntem Talent (Sonder und durchgehend im Vortrag das Indanie aus dem Violinconcert A-Moll von Bach und das Largo aus der Suite im alten Stil von Beethoven. Vorher Lehtig vom Landestheater sang mit seinem schönen, klangvollen Bariton gemütsvoll und künstlerisch kultiviert drei alte geistliche Lieder und die Arie „Gott sei mir gnädig“ aus Paulus. Die Feiert hatte in zahlreiche Gemeindeglieder angesprochen, daß die Schloßkirche voll und gefüllt war.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 6. Jan.: Josefine Schumacher, alt 77 Jahre. Witwe des Dominicans Carl Schumacher. — 7. Jan.: Anna Sadenjos, alt 36 Jahre. Ehefrau des Maschinenarbeiters Julius Sadenjos; Wilhelm Wiffinger, Fabrikarbeiter, Chemann, alt 56 Jahre. — 8. Jan.: Christian Sögel, Metzmeister, Chemann, alt 49 Jahre; Margarete Sögel, alt 49 Jahre. Ehefrau des Kaufmanns Jakob Sögel. — 9. Jan.: Adolph Sögel, Hauptlehrer a. D., Chemann, alt 72 Jahre.

Heiratsnachricht und Trauerhand erwachsener Personen. 11. d. M., den 10. Januar 1923. 11 Uhr: Karoline Sadenjos, Sackers-Witwe, Schloßstr. 100. — 12 Uhr: Wilhelm Wiffinger, Hilfsarbeiter, Ludwigsstr. 5, Heuerstr. 11. — 2 Uhr: Anna Sadenjos, Metalltreiber-Ehefrau, Wilsdorfstr. 86. — 3 Uhr: Margarete Sögel, Anweilten-Ehefrau, Leopoldstr. 23. — 4 Uhr: Magdalena Sögel, Präbent-Ehefrau, Daxstr. 21.

Stimmen aus dem Publikum

Zur Schließung der alten Bahnhofs.

Trotzdem ich kürzlich las, daß Postamt am alten Bahnhof werde nächstens geschlossen, möchte ich der Behörde gerade dieses Postamtes das Wort reden, ohne an der Sache geschäftlich irgendwie interessiert zu sein, la, ich habe sogar weiter dorthin als zum Postamt Marienstr. 11. Nigends in der übrigen Stadt liegen zwei Postämter so nahe beieinander wie diese beiden, deshalb ist eines davon überflüssig, denn man kann heute, wo an allen Ecken geparkt werden soll, nicht jedem Bürger ein Postamt vor die Nase setzen. Aber so ist es mit allen Dingen; jeder spricht von der Notwendigkeit, Opfer zu bringen, keiner will sie aber selbst auf sich nehmen, und wären es auch nur Opfer der Bequemlichkeit. Es dürfte nun ohne weiteres einleuchtend, daß ein Postamt, welches an verkehrstheoretischer Lage in nächster Nähe vieler größerer Geschäfte und Geschäftshäuser, eines Güterbahnhofs, der Kreuzung bezw. Mündung von fünf Straßen und einer Teilfahrdrehscheibe der Straßenbahn gelegen ist, seinen Zweck weit mehr erfüllt als ein ziemlich verdecktes, auf das dies alles nicht zutrifft.

Ich bin überzeugt, daß nur ein sehr kleiner Teil der Nicht-Südbadler einigermaßen genau auf dem Stadtplan anzugeben wüßte, wo das Postamt Marienstr. zu finden ist, die alte Bahnhofs dagegen kennt jeder, auch viele Fremde. Wenn man aber durch die Südbadler eine Linie gezogen denkt, etwa von der ehemaligen Aderbachstraße zum Vierordtkanal, so wäre es für die meisten Bewohner der nordöstlichen Gasse auch nicht übermäßig weiter zur alten Bahnhofs als an die Marienstr., und ein großer Teil der südwestlichen Bewohner benutzt ohnehin die neue Bahnhofs. In unserer Zeit der Wohnungsnot hieße aber doch auch ins Gewicht, daß die Räume, die heute das Postamt Marienstr. beherbergen, früher zwei 4-Zimmerwohnungen enthielten und also wiederum als solche gewonnen werden könnten, was beim alten Bahnhofsamt vermutlich nicht möglich ist. Also mehr Gemeinnut und weniger Egoismus auch in dieser Frage! Eine Südbadlerin.

Briefkasten

1863. Der Hauseigentümer ist nur in den im Mietvertrag vorgezeichneten Fällen berechtigt, die Wohnung des Mieters zu betreten. In allen andern Fällen können Sie es ablehnen, das Betreten der Wohnung zu gestatten, wenn Sie sind berechtigt, den Hauseigentümer am Betreten der Wohnung anzufordern. Im übrigen verstehen wir Ihre Anfrage nicht ganz. Wir haben doch in Baden eine Staatsanwaltschaft, bei der Sie Diebstahl anzeigen können.

18. S. Das Verlangen des Hauseigentümers erscheint uns berechtigt. Es würde wohl nur zu endlosen Streitigkeiten führen, wenn der Hauseigentümer bei 13 Mietparteien unterscheiden wollte, welche etwas mehr und welche etwas weniger Schmutz im Hauseingang macht.

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 10. Januar 1923. Bad. Landestheater: „Hänel und Gretel“, abends 7 bis 9 Uhr. Städt. Festhalle: Strandfest, Meinflug-Mannschaft, abends 7 Uhr. Kaufmännischer Verein: Prof. Dr. Drems: „Rechtliche und Wagner“, abends 8 Uhr im Eintrachtsaal. Colosseum: Bauerntheater, abends 8 Uhr. Tierischverein: Abends 8 Uhr. „Vier Jahreszeiten“. Residenz-Kaffee: Neues Programm. S. C. Phoenix: Monatsversammlung, abds. 8 1/2 Uhr.

Persil bleibt Persil

in alter bewährter Güte!

Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert. Geeignet für alle Arten von Wäsche. Niemals lösel! Nur in Originalpackung! Alleinig Hersteller: MENKEL & CIE., DUSSELDORF, auch der alibewährten „MENKO“ (Menkel's Wasch- und Bleich-Soda).

# Wirtschafts- und Handelszeitung

## Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)  
Frankfurt, den 9. Januar (abends.)

Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 660.— (früh. 0.80 M.)
Amsterdam	1 Gld. 4180.— ( „ 1.70 „ )
London	1 Pld. St. 49000.— ( „ 20.— „ )
Paris	1 Fr. 700.— ( „ 0.80 „ )
Zürich	1 Fr. 1990.— ( „ 0.80 „ )
Italien	1 Lire 510.— ( „ 0.80 „ )
Newyork	1 Dollar 10500.— ( „ 4.20 „ )

Tendenz: fester.

## Der Schweizer Mittellandkanal.

Unter dem „Schweizerischen Mittellandkanal“ versteht man die Wasserstraßenverbindung vom Genfer See über die Juraränderseen und Aare nach Koblenz zur Herstellung einer Verkehrslinie von der Rhone zum Rhein durch die Schweiz. Der Schweizerische Bundesrat hat im Jahre 1921 eine Anregung, es möchten Bauarbeiten für den Rhone-Rhein-Schiffkanal als Notstandsarbeiten jetzt schon ausgeführt werden, abgelehnt, weil die Frage noch zu wenig geklärt sei. Es müßte außerdem erst daran gedacht werden, eine einwandfreie Verbindung der Schweiz mit dem Meere zu sichern.

Nun hat Vizepräsident Paul Walser, der Präsident des Schweizerischen Rhein-Rhone-Verbandes, dem „Journal de Genève“ mitgeteilt, daß die „Société de Constructions de chemins de fer et de Travaux publics“ sofort eine Anleihe von 400 Millionen Schweizer Franken für den Bau des Rhein-Rhone-Kanals von Genf nach Koblenz zu begeben gedente. Diese Meinung verdient genauer untersucht zu werden. Vor allem muß man sich fragen, woher das Geld kommen soll, Frankreich hat alle Mühe, das Geld für die Bauten an der Rhone zu beschaffen. Ebenso wird es schwer sein, die nötigen Kapitalien für die erste Stufe des schiffbaren Rheinseitenkanals und das Kanalwerk Kembs zu erhalten. Es ist kaum denkbar, daß unter diesen Umständen etwa 400 Millionen Franken für ein Kanalprojekt aufgebracht werden können, dessen wirtschaftliche und verkehrspolitische Notwendigkeit noch gar nicht erwiesen ist. Noch viel unglaublicher ist die Mitteilung, daß der französische Ministerpräsident Poincaré dazu aufgemuntert habe und eine französische Gesellschaft in dieser Kanalfrage die Initiative ergreife, denn mit Ausnahme weniger Interessenten im Rhonegebiet denkt niemand in Frankreich daran, sich in die Angelegenheit des Schweizerischen Mittellandkanals einzumischen. Die wenigen Interessenten, die der Kanal vom Genfer See nach Koblenz in der Rhonegegend aufweist, sind nur insofern Freunde dieser Wasserstraße, als sie in einer Wasserstraße vom Bodensee nach der Donau ihre Fortsetzung erblickt. Die deutsche Regierung hat aber durch eine offizielle Mitteilung an die Presse bekanntgemacht, welche Wasserstraßenprojekte voraussichtlich in absehbarer Zeit zur Ausführung kommen sollen, dabei war die Bodensee-Donauverbindung nicht erwähnt. Ferner hätte der Kanal vom Genfer See zum Rhein gar keinen Wert, wenn er nicht in der Schiffbarmachung der Rhone eine Fortsetzung des Wasserweges bis nach Marseille erhielte. Frankreich hat aber an die Schiffbarmachung der Rhone die Bedingung geknüpft, daß die Schweiz in die Überlegung des Wasserpegels des Genfer Sees einwillige, was bis jetzt nicht geschehen konnte, weil im Kanton Waadt weite Kreise dagegen sind, da man darin eine Schädigung der Untergenden erblickt; im Kanton Valais aber sagt man sich, es sei unflugs, die Sand zu reichen zum Aufstau des Sees, der den Franzosen erlaube, die an der französischen Rhone zu gewinnenden Wasserkräfte zu vermehren und so die Waalser zu verdrängen, ihre Bergwasserkräfte auszunutzen und die gewonnene elektrische Energie nach Frankreich zu exportieren.

## Deutsche Reichsbank.

Ausweis vom 9. Dezember 1922.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 30. Dezember v. J. erkennen läßt, haben die von der Bank zu bedienenden Ansprüche zum Jahresabschluss hauptsächlich infolge der üblicherweise gesteigerten Umlaufbedürfnisse zu einem neuen gewaltigen Anstiegen der Anlagensummen und der Banknotenausgabe geführt. Die gesamte Kapitalanlage liegt um 240,4 Milliarden Mark auf 1607,9 Milliarden Mark. Die bankmäßige Deckung allein erhöhte sich um 241,7 Milliarden Mark auf 1606,7 Milliarden Mark. Die Restbelastung wurde überwiegend durch Einreichung von Reichsschatanweisungen bewirkt, deren Bestände um 212,9 Milliarden Mark zunahm, während sich das Wechselkonto im gleichen Zeitraum um 27,8 Milliarden Mark hob. Die verfallenen Zugänge an Schatzanweisungen hängen — abgesehen von den Einreichungen seitens des Reiches — zu einem erheblichen Teil damit zusammen, daß der Restablaß von Reichsschatanweisungen im freien Verkehr zum Jahresabschluss gering zu sein pflegt, außerdem aber abgesetzte Schatzanweisungen aus dem Verkehr zur Bank zurückströmen und fällige Summen an solchen Terminen nicht prolongiert werden. Die fremden Gelder der Bank haben sich in der Berichtswochen um 95,4 Milliarden Mark auf 590,5 Milliarden Mark ausgedehnt.

Der Banknotenumlauf ist von neuem um 22,2 Milliarden auf 1280,1 Milliarden Mark angewachsen. Der Umlauf an Darlehnsstaf-

feinen ließ sich weiter um 86,8 Millionen auf 13,4 Milliarden Mark einschränken. Die Darlehnsbestände der Darlehnskassen sind in der letzten Jahreswoche um 2,7 Milliarden auf 252 Milliarden Mark zurückgegangen. Die Reichsbank lieferte einen dieser Abnahme entsprechenden Betrag an Darlehnsstafenscheinen an die Darlehnskassen ab, so daß sich die Bestände der Bank an solchen Scheinen unter Berücksichtigung der aus dem Verkehr aufgenommenen Summe auf 238,5 Milliarden Mark vermindert haben.

1921	gegen die Vorwoche	(in Tausend)	1922	gegen die Vorwoche
1.067.004	+ 2892	<b>Aktiva.</b>	1.074.035	+ 1.954
995.392	+ 1.697	Metalbestand . . .	1.054.543	— 2
		darunter Gold . . .	954.811	— 2
		Goldkassenbest.		
		Golddepot (unbe-		
		lastet) b. d. Bank		
		von England . . .	50.032	unveränd.
6.963.607	+ 754.963	Reichs- und Dar-	238.481.105	+ 2.596.172
		lehnskassenrech.	10.393	+ 11.074
2.034	+ 5.870	Noten und Banken	422.235.296	+ 28.787.027
1.061.784	+ 348.241	Wechsel u. Schecks	118.464.359	+ 21.289.297
132.330.909	+ 18.293.688	Disk. Schatzanw.	773.374	+ 1.423.300
8.478	+ 6.540	Lombard-Darlehnen	459.972	+ 119.716
192.912	+ 5.795	Effektenbestand	78.322.703	+ 11.710.055
8.223.979	+ 432.209	Sonstige Aktiva		
		<b>Passiva.</b>		
180.000	unveränd.	Grundkapital . . .	180.000	unveränd.
131.413	unveränd.	Reservefonds . . .	127.284	unveränd.
119.629.484	+ 4.671.914	Notenumlauf . . .	1.250.024.931	+ 143.185.643
7.501.843	+ 3.470.414	Umlauf d. Reichs-	153.190.891	+ 32.998.331
25.314.330	+ 4.338.197	Depos. Privat . . .	377.325.296	+ 62.469.212
2.944.172	+ 359.192	Sonstige Passiva	113.403.250	+ 10.886.517

Bei den Abrechnungen wurden im Monat Dezember 207 896 866 771 800 Mark abgerechnet.

## Von den Börsenplätzen.

### Frankfurter Börse.

Dollar bis 10 500. — Effekten schließend.  
w. Frankfurt a. M., 9. Jan.

Am Devisen- und Notenmarkt entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft. Der Dollar überschritt in den ersten Vormittagsstunden bereits die Grenze von 10 000 und stieg später auf 10 300 bis 10 500, unter leichten Schwankungen gab er schließlich auf 9 500 nach.

Die Effektenkurse wurden durch die Marktentwertung des Auslandes bestimmt. Im Effektenverkehr von Büro zu Büro waren im Zusammenhang der Devisenbewegung Auslandsrenten zunächst recht fest. Bagdadbahn und Türken wurden höher bezahlt. Ungarische Kronrenten gesucht. Unter mäßigen Schwankungen stellten sich im Verlaufe diese Werte wieder etwas niedriger.

Im freien Verkehr wurden Kabelwerke Rheydt, Krügershall, Brown Broveri, Karstadt höher genannt. Das Geschäft nahm im allgemeinen einen schleppenden Verlauf, da die Spekulation sich äußerst reserviert verhielt. Für einzelne Spezialpapiere, wie Voigt und Häffner, Niagarkabel, Wolledepotfabrik Weilderstadt zeigte sich größeres Interesse. Mittelbanken schienen begehrt, besonders Westbank. Für Oesterreichische Länderbank wurden höhere Kurse genannt. Montan-, Elektro- und Maschinenaktien konnten sich behaupten. Chemische Werte lagen fest. Der Dollar zeigte gegen 1 Uhr einen Stand von 9 000—9 500.

### Berliner Börse.

Dollar bis 10 000. — Zurückhaltung im Effektenverkehr.  
w. Berlin, 9. Jan.

Unter dem Einfluß rückgängiger Auslandsmarktkurse setzte sich die Steigerung der Devisenpreise bei ziemlich lebhaftem Umsätzen, die in der Hauptsache auf Bedürfniskäufe der Industrie zurückzuführen war, fort. Auszahlung New-York erreichte schließlich den Stand von 10 500. Bei der Festsetzung der amtlichen Notierungen traten Schwankungen ein. New-York trat zurück bis auf 9 600, doch erfolgte die amtliche Feststellung auf der Basis von 10 000. Wegen dieser Schwankungen bestand starke Zurückhaltung, die im steigenden Maße auch im freien Effektenverkehr vorherrschte.

## Industrien / Handel / Verkehr.

### Industrien.

**Brauereigesellschaft zum Engel vorm. Chr. Holmann A.-G., Heidelberg.** Die Gesellschaft verteilt aus Mk. 366 333 (32 500) Reingewinn 12 (6) Prozent Dividende. (G.-V. 8. Januar.)

**Bamberger, Lervi & Co. Freiburg, G. m. b. H.** in Freiburg. Gegenstand des Unternehmens ist Herstellung und Vertrieb von sanitären Wasserleitungsgegenständen, Badeneinrichtungen und ähnlichen Artikeln. Das Stammkapital beträgt 300 000 Mark. Als Geschäftsführer sind Alfred Lervi-Frankfurt a. M., Otto L. Benzinger-Frankfurt a. M. und Rudolf Hamm-Freiburg i. Br., sämtlich Kaufleute, bestellt.

**Vereinigter Peckelbronner Oelbergwerke G. m. b. H. in Mannheim.** Die mit einem Stammkapital von 3,5 Millionen Mark neuerrichtete Gesellschaft hat den Bergbaubetrieb, besonders Ausbeutung von Bergwerken und Gerechtsamen auf Erdöl und sonstige bituminöse Stoffe zum Geschäftgegenstand. Dr. Fritz Hausmann-Berlin-Schönberg und Bergassessor Paul Günther-Altenburg sind als Geschäftsführer bestellt.

**A.-G. für Seifenindustrie vorm. Ferd. Wolff.** Der Generalversammlung wird die Erhöhung des Grundkapital von 10 Millionen Mk. vorgeschlagen.

**Rheinische Automobil A.-G. in Düsseldorf.** Die in Mannheim abgehaltene a. o. Generalversammlung genehmigte einstimmig den Fusionsvertrag mit der Automobil A.-G. in Mannheim, die im ganzen unter Ausschluß der Liquidation gegen Gewährung von Aktien der Automobilbau A.-G. die Rheinische Automobil A.-G. in Düsseldorf übernimmt. In der sich daran anschließenden a. o. G.-V. der Automobilbau A.-G. Mannheim wurde die Erhöhung des Grundkapitals zur Durchführung der Fusion mit der Rheinischen Automobil A.-G. in Düsseldorf einstimmig beschlossen durch Ausgabe von 12 Mill. Mark Stammaktien und 1 Mill. Mark der alten

gleichberechtigten Vorzugsaktien, ferner um 1 Million Mark 6proz. Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht zu 200 Prozent und um weitere 24 Millionen Mark Stammaktien, sodaß nun das Aktienkapital 51 Millionen Mark beträgt. Von den neuen ab 1. Januar dividendenberechtigten Stammaktien, die von einem Konsortium unter Führung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank übernommen wurden, werden 8 Millionen Mark den bisherigen Aktionäre zu 1 zu 280 Prozent angeboten, 12 Millionen Mark sind zum Umtausch im Verhältnis 1 zu 1 zu verwenden und die restlichen 16 Millionen Mark Stammaktien bestmöglich zu Gunsten der Gesellschaft zu verwerten. Ferner beschloß die Generalversammlung die Aenderung der Firma in Rheinische Automobilbau A.-G. (Deutsche Gesellschaft für die Lizenz Rugatti) Mannheim und die Sitzverlegung nach Düsseldorf, während die Betriebswerkstätten in Mannheim verbleiben.

### Messen

**Beteiligung der ungarischen Industrie an der Leipziger Messe.** Zu den bereits in Leipzig befindlichen nationalen Meßhäusern, dem Oesterreichischen, Schweizerischen und Tschechoslowakischen Meßhaus, wird von der Frühjahrsmesse 1923 ab auch noch eine ungarische Meßausstellung kommen. Diese findet in den Erdgeschoss des Grundstücks Markt 16 (Meßhaus National) statt. Bisher haben schon über 40 erstklassige ungarische Firmen ihre Beteiligung zugesagt.

### Von den Märkten.

**Berliner Metallmarkt.** 9. Januar. Elektrolyt 3490, Kupfer 2850—2900, Weichblei 1175—1225, Zink im freien Verkehr 1600—1650, in Platten 1300—1350, Aluminium 3945, Drahtbarren 3969, Banka Zinn 8250—8350, Hüttenzinn 8100—8200, Reinnickel 5700—5800, Antimon 1000—1050, Silber 205 000—207 500, Platin 32 000, Oberschl. Zink 154781.

**Hamburger Metallmarkt.** 9. Januar. Silber ca. 900 fein 205—202,5, per Januar 205—202,5, per Februar 215—212,5, bez. 211—212, per März 232,5 bis 227,5; Zinkhütten prompt 1625—1575, per Januar 1625—1575, per Febr. 1675—1625, per März 1775 bis 1725; Zink ungeschmolzen 1500—1400; Weichblei ab Lager 1200—1100, ab Hütte 1175—1100, raffiniert 1175—1100; Banka Zinn 8400—8150; Kupfer greifbar 3225—3125, raffiniert 2900—2800; Wirebars 3300—3175; Elektrolyt 3300—3175.

**Hamburger Altmetallmarkt.** 9. Januar. Kupfer 55—57, Rotguss 45—46,5, Messing leicht 33—34,75, Späne 33—34,5, Guß 34,75—36, Blei 21,5—22,5, Zink 24,5—26.

**Neue Zementpreiserhöhung.** Infolge der Erhöhung der Löhne und der Kohlenfrachten ist der Höchstpreis für Zement durch das Reichswirtschaftsministerium von neuem mit Wirkung vom 2. Januar ab hinaufgesetzt worden. Die Erhöhung stellt sich im Gebiet des Süddeutschen Zementverbandes auf 63 000 Mark für 10 Tonnen, in Norddeutschland auf 56 000 Mark und in Rheinland-Westfalen auf 40 000 Mark.

**Viehmarkt in Mannheim.** (Amtlicher Bericht.) 8. Januar. Die Zufuhr betrug: 132 Ochsen, 142 Bullen, 743 Kühe, 370 Kälber und 703 Schweine.

Es kosteten pro 50 Kilo Lebendgewicht:  
Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 62 000—65 000 Mark; vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren 58 000—60 000 Mark; junge, fleischreiche nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 48 000—52 000 Mk.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 38 000—44 000 Mark. — Bullen: vollfleischige, ausgewachsene Farben höchsten Schlachtwertes 48 000 bis 52 000 Mark; vollfleischige, jüngere 48 000—52 000 Mark; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 42 000—46 000 Mark. — Kühe: vollfleischige, ausgemästete Farben höchsten Schlachtwertes 62 000—65 000 Mark; vollfleischige, ausgewästete Kühe, höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 50 000—54 000 Mark; ältere ausgewästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 50 000—54 000 Mark; mäßig genährte Kühe und Färsen 46 000—50 000 Mark; gering genährte Kühe und Färsen 32 000—40 000 Mark. — Kälber: feinste Mastkälber 64 000 bis 68 000 Mark; mittlere Mast- und beste Saugkälber 62 000—66 000 Mark; geringere Mast- und gute Saugkälber 56 000—60 000 Mark; geringere Saugkälber 50 000—55 000 Mark. — Schweine: Fettschweine über 150 Kilo Lebendgewicht 83 000 bis 85 000 Mark; vollfleischige von 120 bis 150 Kilo 82 000—84 000 Mark; vollfleischige von 100 bis 120 Kilo 80 000—84 000 Mark; vollfleischige von 80 bis 100 Kilo 78 000—80 000 Mark; vollfleischige unter 80 Kilo 74 000—78 000 Mark; Sauen 72 000—78 000 Mark.

Tendenz: Marktverlauf mit Großvieh mittelmäßig, langsam geräumt, mit Kälber ruhig, langsam geräumt, mit Schweinen mittelmäßig, ausverkauft.

### Allgemeine Wirtschaftsfragen.

#### Die Frage der Kohlenpreiserhöhung

und ihres Ausmaßes schwant noch außerordentlich. Würde die letzte Vorkaufgabe und der letzte Materialaufschlag bezw. der Schiedspruch über die Erhöher von beiden Parteien angenommen werden, so könnte es sich um eine Preiserhöhung um ungefähr 1/3 000 auf rund 1/35 000 je Tonne gehandelt haben. Aber das ist — meint die „Freie Pr.“ — unmahrscheinlich geworden, zumal die Regierung, wie man hört, Einspruch erhoben hat gegen Materialpreisaufschläge von der geforderten Höhe. Käme das, was in dieser Hinsicht bewilligt werden soll, zur Annahme, so würde der Preisauflschlag nur annähernd 4000 Mark sein, aber im Augenblick steht noch nichts fest. Es wird vielmehr im Arbeitsministerium neu verhandelt und darauf wird dem Vernehmen nach erst am 12. Januar der Kohlenverbund die ersten grundlegenden Beschlüsse fassen. Es tritt die Meinung hinzu, daß die politische Ungewißheit jetzt vor einer neuen Kohlenpreiserhöhung

und vor einer Entscheidung des ganzen Komplexes warnen sollte. Mitte des Monats dürfte man aber klarer sehen. Das gilt für die Ruhr. Zugewinnen beraten die obersteinsten, d. h. die politisch gewordenen Gruben, über die neuen Lohn- und Preisfragen. Auch hierbei ist das Ergebnis noch ungewiß, da zurzeit die politische Kohle sich bereits etwa 1/3000 über der weitaufschüssigen Kohle berechnet.

### Deutsch-spanisches Handelsprovisorium.

Berlin, 8. Jan. Der bisherige deutsch-spanische Modus vivendi ist durch ein kurzfristiges Abkommen auf der Basis des Status quo bis zum 7. ds. Mts. verlängert worden. Da bei den inzwischen fortgeschrittenen Verhandlungen geringe formelle Schwierigkeiten noch nicht überwunden werden konnten, ist in Erwartung ihrer baldigen Behebung eine neue vorläufige Verlängerung bis zum 13. Januar einschließlic vereinbart worden. Danach werden also bis zum 13. Januar einseitig deutsche Waren nach wie vor nach den Zollfüßen der Kolonnen II des spanischen Zolltarifs und unter Anwendung des bekannten Valutakoeffizienten verzollt werden während spanische Waren bei uns die Reichs gültigkeit genießen.

### Das Bankgeheimnis.

Zeit. Berl. Lok. Anz. in dem Reichstage nunmehr der angeführte Entwurf über die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses ausgegangen.

Zu der Frage wird weiter gemeldet:

Durch einen zurzeit beim vorläufigen Reichswirtschaftsrat ruhenden Gesetzentwurf über die Berücksichtigung der Geheimhaltung in den Steuerangelegenheiten soll, wie verlautet, das Bankgeheimnis zunächst für alle feineren zinslichen Papiere wieder eingeführt werden. Es handelt sich dabei laut „Deutscher Allgemeine Zeitung“ um die Vereinfachung jener Vorschriften in der Reichsabgabenordnung, die sich auf das Kundenergebnis bei den Banken und den Depotbanken für feinerzinsliche Werte beziehen. Außerdem ist eine Änderung der auf solche Papiere bezüglichen Bestimmungen der Kapitalnachrichtensgebung vorzusehen, die wesentliche Erleichterungen bringen werde. Das Reichsfinanzministerium selbst habe keine Bedenken gegen eine solche Neuregelung, soweit sie sich auf feinerzinsliche Werte bezieht, fallen gelassen. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wird sich am 12. ds. Mts. mit dem Entwurf beschäftigen.

## Devisen-Notierungen

w. Frankfurt, 9. Januar.

	8. Jan.	9. Jan.
Brüssel	638.50	637.50
Holland	3730.50	3729.40
London	43765.30	43984.70
Paris	641.40	644.60
Schweden	1785.50	1754.50
Spanien	1483.30	1498.70
Italien	471.30	473.70
Lissabon	1923.20	1932.50
Dänemark	1787.50	1776.50
Norwegen	2645.60	2656.40
Schweden	231.90	239.10
Finnland	9451.50	9498.70
Wien (alt)	13.59 1/2	13.65 1/2
Deutsch-Oester.	369	371
Budapest	266.30	267.70
Prag	57.85	58.15
Sofia	—	—
Agram	—	—

w. Berlin, 9. Januar.

	8. Jan.	9. Jan.
Amsterdam	3743.62	3731.38
Brüssel	638.50	637.50
Christiania	1780.50	1789.47
Kopenhagen	1925.17	1934.83
Stockholm	2643.67	2656.33
Helsinki	231.90	239.10
Italien	468.82	471.18
London	43630.50	43909.50
Newyork	9426.37	9473.63
Paris	641.38	644.58
Schweden	1785.52	1794.48
Spanien	1478.79	1486.21
Wien (alt)	13.46	13.54
Deutsch-Oester.	263.34	264.30
Prag	58.30	58.60
Budapest	356	359
Lissabon	1923.20	1932.50
Bulgarien	58.85	59.15
Buenos-Aires	3511.24	3526.62
Japan	4438.87	4461.13
Rio de Janeiro	1037.70	1042.60
Jugoslawien	100.24	100.76

### Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Siraus & Co., Karlsruhe.

	a) vorläuf.	b) nachh.
Holland	3925—4240	3800—4240
Schweden	1870—2075	1815—2020
Paris	650—710	615—705
Belgien	600—650	585—650
London	46300—49750	44500—49700
New-York	9300—10700	9600—10700
Italien	485—520	485—520

Tendenz: fest.

Markkurs in Zürich: 100 Mark 5,10

### Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 28

	eirka	eirka
Adler Kali	13000	7900
Bad. Lokomotivwerke	2750	11000
Becker Kohle	5000	9000
Becker Stahl	500	3800
Benz	7800	41000
Brown Boveri	4500	2300
Casseler Fabrik	—	7000
Deutsche Lastauo	5500	7500
Deutsche Petroleum	11000	4100
Germania Linoleum	—	5300
Hansa Lloyd	3600	33000
Heldberg Vorzüge-Akt.	25000	4500
Inag	5200	3300
Kabel Rheydt	6000	2500
Karstadt	3000	4800

Gegen Schwächezustände, Nervenstörungen, sex. Neurasthenie zeitig SATYRIN, das Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt.-Ges. Hormona Düsseldorf-Grabenberg, nachweislich überraschende Erfolge! Zahlr. Arzt. Anerkennungen. Prospekt gratis! Erhältlich in Apotheken! Stets vorrätig in Karlsruhe: Internationale Apotheke, Kaiserstr. 80 Kronen-Apotheke, Zähringerstr. 43.